

henhof.
den 18. Juni.
sonstige Markttag)
mittags 3 Uhr:
n zert
t. Dr. Meffers.
„Eintracht“
(hier Chor.)
eherer Kropp.
abds. 8 1/2 Uhr:
ereinsb. Alte Vorle.
e-Berein.
abend, 19. Juni.
8 Uhr:
ummung
ale 33. Pracht.
des Escheimen, so-
gabe der Vereins-
her titel
der Vorstand.
feier des Musik-
im Schützenberg ein-
beutel
kommen. Gegen
bunten
Hillerstraße 1.
nd morgen:
prima
Fleisch
Dehmann,
Telefon 657.
hlen
ichlich diesen
t zu haben. Be-
chon heute ihren
orf. 21
enorm billigen
wagenweise.
jetzt noch
giglich.
Dlekmann,
burg 39.
gen. Nr. 525
Nr. 900-1500
malatnen Nr. 1550
malatnen Nr. 1650
tel. Nr. 135
uche. Nr. 37
leisbar!
kauer, gefucht,
r. A. Marsberg.
meier Meter-
ann Buchmann
Nabering.
rsten der Vieh-
vom 1. Mai
Der Landrat.
Antes Enger
J. D. Richter.
geichneten Herz-
schülern, beson-
August einige
Stadtgegenden
ist werden.
Schwierigkeiten
differe geltend
Alle, die ihr
neht unsere
n. Geschlecht
mail
Jugendparzer.

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark
monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Postgebühren. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntags und Feiertagen, mittags

für Stadt

und Land



Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Königsstraße 29/31

Fernsprecher Nr. 83 und 151
Postfachkonto Nr. 5296
Schiedam Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig
die 1 Spalte 10 Zeilen oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 141.

Herford, Freitag, den 18. Juni 1920

38. Jahrgang.

Noch keine Klärung.

Ein Kabinett Fehrenbach?

Allen Erwartungen zuwider hat Dr. Mayer-Raufbeuren die Übernahme des Reichskanzleramtes abgelehnt unter Hinweis auf die Wichtigkeit seiner augenblicklichen Aufgaben in Paris. Diese Begründung hat nicht viel Wahrscheinlichkeit. Richtiger scheint uns die Annahme, daß die Bayerische Volkspartei, deren Mitglied Dr. Mayer ist, ihre Zustimmung zu dem Schritt verweigert hat, um dadurch nach außen hin ihre gänzliche Unabhängigkeit vom Zentrum zu betonen.

Trimborn hat daraufhin mit Fehrenbach verhandelt, der tatsächlich jetzt die Kabinettsbildung angenommen haben soll. Zu allem Hin und Her scheint jetzt auch wieder die Deutsche Volkspartei plötzlich Neigung zu verspüren, in eine Koalition einzutreten. Ihre Führer Stresemann und Heinze haben an den Unterhändler des Reichspräsidenten folgenden Schreiben gerichtet:

Nachdem die Sozialdemokratie die Teilnahme an einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien abgelehnt hat, eine Koalition aller bürgerlichen Parteien durch den Widerspruch der Demokratischen Partei unmöglich gemacht war, erklärt sich die Deutsche Volkspartei auf Ihre Anfrage grundsätzlich bereit, in Gemeinschaft mit dem Zentrum und der Deutschen Demokratischen Partei an der Bildung einer Regierung mitzuwirken. Die ernste Lage des Reiches veranlaßt uns, trotz mancher Bedenken, zu diesem Entschluß. Wir gehen dabei von folgenden Voraussetzungen aus: 1. An unseren Grundsätzen wird durch den Eintritt in die Regierung nichts geändert. 2. Die Rücksicht auf den Wiederaufbau Deutschlands erfordert eine Leitung der Geschäfte auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und des gesamten Wirtschaftslebens ohne Rücksicht auf die parlamentarische Zugehörigkeit und Parteistellung. 3. Alle Beamtenstellen sind in Zukunft lediglich nach Fähigkeit ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit zu besetzen.

Zu übrigen nehmen wir gern Kenntnis davon, daß Ihrer und Ihrer Parteifreunde Auffassung nach das Ministerium nicht lediglich als Nebengeschäftsbereich betrachtet ist, sondern den ernstlichen Versuch bedeutet, damit dauernd aufbauende Arbeit zu leisten.

Trotz mancher Bedenken will also die Deutsche Volkspartei an der Bildung einer Regierung teilnehmen. Uns ist es unverständlich, worin diese Bedenken bestehen. Gar zu gern würden wir darüber Genaueres hören. Wenn aber die Deutsche Volkspartei schon so gewichtige „Bedenken“ hat gegen die Teilnahme an der Koalition, warum hat Herr Stresemann nicht eine Regierung nach seinem Geschmack gebildet? Gelegenheit dazu hatte er bekanntlich. Der offizielle Beauftragte der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Heinze, konnte jederzeit und leicht eine Regierung bilden. Was aber erleben wir? Der erste Schritt Heinzes, um ein Kabinett zu bilden, ging zur Sozialdemokratie. Es war das ein Satyrspiel der Geschichte. Der ganze Kampf der Rechtsparteien seit einem Jahr richtete sich ausschließlich gegen die Demokraten wegen ihres Zusammengehens mit der Sozialdemokratie. Und was geschah? Die „Partei des Wiederaufbaus“ wendete sich, um „aufzubauen“, an dieselbe Sozialdemokratie, welche seit Jahresfrist mit Zentrum und Demokraten zusammen gearbeitet hat. Als die Sozialdemokraten abwandten, hat Dr. Heinze einfach die Platte ins Korn geworfen. Der „Wiederaufbau“ war in den Anfängen stecken geblieben. Es wäre doch an der Deutschen Volkspartei gewesen, nun eine Regierung mit den Deutschen Nationalen zu bilden. Das ist aber nicht geschehen. Wir bedauern das. Denn nur eine solche Regierung hätte dem Ergebnis der Wahlen entsprochen, und dem Volk wäre Gelegenheit geboten worden, Taten und Versprechungen mit einander zu messen.

Ob dem wieder einmal im Werden begriffenen Kabinett der „Mitte“ eine lange Lebensdauer beschieden ist, ist uns sehr fraglich. Als Notbehelf wird es hoffentlich den dringenden Aufgaben des Augenblicks gewachsen sein.

Deutschnationale Kampfanfrage.

Die Tatsache, daß bei keiner der bisherigen Kombinationen an eine Beteiligung der Deutschnationalen Vorkommnisse gedacht worden ist, führt jetzt zu einer offenen Kampfanfrage. Die „Kreuzzeitung“ erklärt: man lehne jede Mitarbeit der Deutschnationalen Volkspartei ab und verzichte dabei ausdrücklich sowohl auf ihr Vertrauen wie auf ihre wohlwollende Neutralität. An diese Feststellung knüpft das deutschnationale Blatt folgenden Kommentar: „Die Bildung einer bürgerlichen Mehrheit muß als gescheitert

Das Neueste vom Tage.

Die vereinigten Organisationen des bayerischen, württembergischen und badischen Verkehrspersonals erklären, daß sie jeden Versuch eines gewaltsamen Staatsumsturzes durch die unverzügliche Stilllegung des gesamten Verkehrs im Keim erstickten werden.

Ein Gesetzentwurf über die Verstaatlichung einzelner Kohlenbergwerke ist für den sächsischen Landtag ausgearbeitet worden.

Der französische Präfekt in Gleiwitz hat einem Ultimatum der Gleiwitzer Arbeiterschaft nachgeben müssen.

Die Tagung des internationalen Arbeitsbüros in Genau ist beendet. Unter den gefassten Beschlüssen ist zu erwähnen, daß der Sitz des Büros von London nach Genf verlegt worden ist und daß nach Ungarn eine Kommission zur Prüfung der dortigen Arbeitsverhältnisse entsandt werden soll.

Das französische Kabinett hat den Antrag des Ministerpräsidenten angenommen, wonach die Schadenersatzforderung an Deutschland als Gesamtzahlung schon jetzt aufgestellt und Deutschland in Spaa bekannt gegeben werden soll.

Die französische Kammer genehmigte mit 500 gegen 270 Stimmen das Projekt der Erleichterung neuer Einkommensteuerquellen in seinem ganzen Umfang.

Nach einer offiziellen Statistik wird die Zahl der toten Franzosen im Weltkrieg mit 1 358 872 Mann angegeben, davon seien 361 854 vermist.

Die italienische Regierung hat die Wiederaufrichtung der deutschen Konsulate auf die Deutschland nach dem Friedensvertrage keinen Anspruch hatte, zugelassen.

Das norwegische Ministerium hat dem König sein Demissionsgesuch überreicht. Dieser nahm das Gesuch an, bat jedoch das Ministerium, vorläufig im Amt zu bleiben.

In Griechenland droht ein Umsturz. Venizelos soll die Umwandlung Griechenlands in eine Republik planen.

Der polnische Generalkonsulbericht vom 16. Juni meldet, daß die Gegenoffensive an der Nordfront zur völligen Beherrschung der Linie an der Perleina geführt habe. Sechs bolschewistische Divisionen seien aufgerieben worden.

Nach Meldungen aus Persien steuert die bolschewistische Flotte mit ungefähr fünfzehn Kreuzern auf Baku zu.

angesehen werden. Daß das nach dem Rezept von Demokraten vom Präsidenten selbst gewählte Kabinett nichts weiter sein wird, als eine verschleierte Fortsetzung der bisherigen Regierungskoalition, ist mehr als wahrscheinlich. Man wird das abwarten müssen. Geschieht es, so liegt die Aufgabe für die Deutschnationale Volkspartei klar auf der Hand. Der Ruf nach rechts in den Wahlen bedeutet für die nicht den Austrag, an einer Fortsetzung der bisherigen verhängnisvollen Koalitionspolitik mitzuwirken, sondern sie nach wie vor rücksichtslos und entschieden zu bekämpfen.

Programm und Profit.

Die Anzeigenabteilung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ schreibt in einer Werbedrucke:

Wie die Dinge heute stehen, darf man wohl ohne weiteres sagen, daß es einen großen taktischen Fehler bedeuten würde, wenn Sie ohne Rücksicht darauf, welcher Partei Sie angehören, die Gelegenheit dieses starken Anwachsens der „Freiheit“ nicht benützen würden, um ihre Firma mit Hilfe der „Freiheit“ in den weitesten Kreisen bekannt zu machen. Einige richtige Anzeigen während der Wahlkampagne in der „Freiheit“ bedeuten für die Popularisierung Ihrer Firma und für neue Geschäftsverbindungen vielleicht mehr, als laufende Anzeigen in anderen Zeitungen während eines halben oder ganzen Jahres. Vom rein geschäftlichen Standpunkt ist es wohl das Richtige, mit der Insertion in der „Freiheit“ schleunigst zu beginnen.

Dazu bemerkt der Hanfa-Bund in seiner Korrespondenz: „Die Werbung von Inserenten ist das gute Recht einer Zeitung, aber wenn ausgerechnet die radikale „Freiheit“, die jedes laienmännliche Gebaren als „Profitgier“ und „Ausbeutung“ hinstellt, unter Ausschlagung des Wahlkampfes sich durch Hinweise auf Popularisierung einer Firma und Anbahnung von Geschäftsverbindungen ansonst auf wüßte bekämpfte Gegner wendet, so ist es doch notwendig, die Öffentlichkeit auf solches Gebaren, das stark an das „non olet“ anknüpft, gebührend aufmerksam zu machen.“

Deutsches Reich.

Die Geschäftsordnung des Reichswirtschaftsrates.

tu. Berlin, 17. Juni. Die im Entwurf vorliegende Geschäftsordnung des Reichswirtschaftsrates, der am 30. Juni zusammen-

treten soll, lehnt sich, wie die „Post“ hört, in ihren Grundzügen an die Geschäftsordnungen der politischen Parlamente an. Als besonders bemerkenswert sei erwähnt, daß Interpellationen im Reichstage an den Reichskanzler gerichtet werden müssen. Den Interpellationen können kurze Erwägungsgründe beigelegt werden.

Der Reichspräsident an die Schleswiger.

wtb. Berlin, 17. Juni. Der Reichspräsident ließ gestern dem Oberbürgermeister Flensburgs folgendes Telegramm zugehen: Anlaßlich der Rückkehr der alten deutschen Stadt Flensburg und der zweiten Zone zum deutschen Mutterlande bitte ich Sie, der Bevölkerung meinen herzlichsten Glückwunsch auszusprechen. Die umwandelbare Treue und die Zuvorfahrt der deutschen Grenzmark führte nach langen Monaten Bangens und Harrens zum Erfolge. Flensburg und die zweite Zone sind nun für immer mit dem deutschen Vaterlande verbunden, deren Regierung Treue um Treue vergelten wird.

Günstige Finanzlage Badens.

tu. Karlsruhe, 17. Juni. Im Landtage teilte der Finanzminister über die Finanzlage Badens mit, daß das Jahr 1919 erfreulicherweise mit einem Ueberschuß abschließe. Genaue Zahlen liegen noch nicht vor. Der günstige Abschluß sei durch eine bereits durchgeführte sozial wirkende Besteuerung erreicht worden. Seit Monaten seien die Einnahmen und Ausgaben ohne Einnahmen: Das Reich habe daher die Zahlung von Vorschüssen genehmigt. Baden habe zur Zeit des Kapp-Putsch die Einnahmen aus den Zöllen in Höhe von 73 Millionen Mark als Vorschuß zurückgehalten. Die neuen Reichen wollen sich nur schwer von ihrem mühseligen erworbenen Besitz trennen, sollen aber wissen, daß steuerliche Hinterziehungen mit aller Strenge geahndet werden.

Hochverrat als Landtagsabgeordnete.

tu. München, 17. Juni. Die amtliche Festlegung der Landtagswahlergebnisse im Regierungsbezirk Schwaben hat ergeben, daß unter den in Augsburg gewählten Landtagsabgeordneten auch der unabhängige Kandidat Rieß sich befindet. Damit ist der dritte wegen Hochverrats in Gestaltshaft sich befindliche, unabhängige Sozialdemokrat in den Landtag gewählt worden.

Die Ansiedlung im Ruhrkohlenbezirk.

Berlin, 17. Juni. Seit dem 14. Juni ist das Gesetz betreffend Verbandsordnung für den Ruhrkohlenbezirk in Kraft getreten. Das Gesetz bezweckt, die Ansiedlung von etwa 150 000 Bergleuten mit ihren Familien vorzubereiten und diese Siedlungsaufgabe so durchzuführen, daß einer der wichtigsten Arbeitsbezirke Deutschlands zu einem einheitlichen Wohnbezirk ausgestaltet wird. Zum kommissarischen Verbandspräsidenten ist der Oberbürgermeister Mähens aus Hamborn bestellt.

Waffenfunde in Remscheid.

Remscheid, 17. Juni. Ein englisches Truppenkommando fand in Wermelskirchen in der Wohnung des unabhängigen Stadtverordneten Haddländer ein Waffenlager von etwa 200 Infanteriegewehren und zahlreichen Maschinengewehren. Die englischen Truppen beschlagnahmten die Waffen und verhafteten Haddländer.

Landarbeiterstreik im Reg.-Bez. Köslin.

wtb. Köslin, 17. Juni. Nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen, die für die Landarbeiter des ganzen Regierungsbezirks Köslin eingeleitet wurden, sind heute früh auf über 20 Gütern des Kreises Köslin die Landarbeiter ausfällig. Die Beauftragten des Landarbeiterverbandes drohten, ab morgen auch die Schweizer zur Arbeitsniederlegung zu zwingen.

Amtsenthbung des Reutlinger Polizeipräsidenten.

tu. Berlin, 17. Juni. Der Minister des Innern hat den Reutlinger Polizeipräsidenten Appich seines Amtes enthoben. Es wird ihm Mißbrauch der Dienstgewalt seinen Beamten gegenüber und willkürliche Verlegung der Polizeistunde in seinem eigenen Interesse vorgeworfen. Ein Berliner Blatt hatte gemeldet, daß Appich in einem Reutlinger Lokal nach Schluß der Polizeistunde betrunken hinter einer Tonne von Polizeibeamten aufgefunden worden sei. Appich hat jetzt gegen diese Zeitung Strafantrag gestellt.

Ausland.

Amerika will nicht nach Spaa.

wtb. Rotterdam, 17. Juni. Das Staatsdepartement in Washington widerspricht laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ amtlich dem Gerücht, daß Oberst Houle nach Europa gegangen sei, um die Vereinigten Staaten in Spaa zu vertreten. Unter den gegenwärtigen Umständen würden die Vereinigten Staaten wahrscheinlich nicht auf der Konferenz in Spaa vertreten sein.

Frankreich ist nicht zufrieden.

wtb. Paris, 17. Juni. Die Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten nahm einen Bericht von Lefebvre über die deutsche Abrüstung entgegen. Der Minister gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß, wenn Deutschland auch gewisse Punkte des Vertrages ausgeführt hätte, es doch im ganzen genommen keinen guten Willen an den Tag lege, wodurch die Ausführung verschleppt werde. Er gab der festen Hoffnung Ausdruck, daß es der Entschlossenheit und der Einstimmigkeit der Alliierten schließlich doch gelingen werde, von Deutschland eine vollständige Ausführung der Bedingungen zu erlangen, die ihm auferlegt wurden.

Anerkennung deutscher Technik.

Paris, 17. Juni. Der Vizepräsident des Senatsausschusses für Luftschiffahrtswesen, General Girschauer, hat die Flugzeugkonstruk-

Herford als Ge-
lgenfeld, Kauf-
rich Schönfeld,
Schubert und

ung hatten sich
ntil. Zurnlehren
Görich zusam-
urn- und Spiel-
öhren, zu be-
wurde hervor-
riege besonders
en. Einstimmig
Septembers ein
ords zu veran-
en, ausgeführt
holschulen und
Schulen und der
kampf in Stein-
r Mädchen 76
ohne Sprung-
der Kampf um
holschulen be-
sch zum ersten
zum beteiligen
des Banners
fettenlauf wer-

ts- und Mittel-
Regierungsbez-
tatt. Das aktive
icher die Schule
n, Pflegekern,
r eine Stimme,
nde Schule be-
nliche Abgabe
Wahlhandlung.
tenlisten genau
auf der Liste
auf eine der ö-
anten, sind un-
die Bürgerliste
nt Zeichenkarte
er Stimmzettel

Kammer Viele-
0. nachmittags
sammlung zu-
ereidigung des
erständiger für
trag auf Ver-
auf Vereidi-
de, Desfaaten,
ng eines Gan-
äufe und Ver-
erlichen Gefes-
ung der Gefäl-
einer zweiten
in Bielefeld,
i der Handels-
beverbessern.
Kammer für
0. Zusammen-
ahresberichte-
der Vereini-
Kammern in
Handelskam-
Bezirke, wirt-
beitslosenver-
Kammer seit
ericht über die
annover-Mün-

n! Die Eisen-
Zeit haben sich
en auf Ueber-
dem Ueber-
baltetadel vor-
erklärer bei
ande und zu-
Zuges ihr in
beschwindigkeit
charakter Gang-
dass noch im
Zustand des
en der Pferde
omotive, leicht
diese Fehler
führt werden.
ch dem neuen
bestimmungen
en im Falle
den an Stelle
achen Jahres-
Witwen, die
Kapitalabfin-
nalgige Abfin-
gen Lebens-
ort.

Volmerdingen
eingebrochen.
n. Der Dieb,
eine Anzahl

fall mit tödli-
mittags in der
dem Artillerie-
engang einige
b des Raumes
hatten. Im
dem Arm ge-
eiden Mädchen
erte der Posten
n in der Nähe
Nachbarn hal-

ten das unglückliche Mädchen in ihre in der Nähe befindliche Woh-
nung bringen. Das Mädchen ist infolge Schwäche und Blut-
verlust in der Abendstunde seiner Verletzung erlegen. Der Posten,
ein ehemaliger Missionsschüler und seit Juni 1917 Soldat, wurde,
am Selbstmordversuch zu verhindern, in Schutzhaft genommen. Er
ist ein ruhiger und ernster, bei Vorgesetzten und Kameraden gleich
beliebter Soldat. Das gerichtliche Verfahren ist eingeleitet.

Bruchmühlen, 17. Juni. Heute morgen wurde der Hofbesitzer
Heinrich Grothaus aus Dillingdorf vor seiner Wohnung erschossen
aufgefunden. Grothaus ist erst vor kurzem aus der Gefangenschaft
zurückgekehrt. Gestern ist er mit seiner Braut in Dillingdorf gewe-
sen, um dort Ringe und Geschenke zu kaufen. Nähere Einzelheiten
fehlen noch.

Klagen über die Brotversorgung in Westfalen.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung zu Dortmund fand eine
ausgedehnte Aussprache über das gegenwärtige unglückliche Elend
in der Brotversorgung Dortmunds statt. Der Magistrat erklärte,
weder ihn, noch die Bäcker treffe die Schuld an den Zuständen.
Wenn die Regierung rechtzeitig die Brotration gesteuert hätte, würde
man bis zur neuen Ernte ausgekommen sein. Aus bestimmten
Gründen ist diese rechtzeitig erhobene Mahnung zur Kürzung nicht
berücksichtigt worden. In fünf bis sechs Tagen würden Hafer-
flocken zur Brotbereitung eintreffen. Auch das Gersteneiweiß aus
der neuen Ernte werde in etwa vier Wochen zur Verwendung kom-
men. Die von der Reichsgetreidekasse eintreffenden Nachrichten
seien sehr pessimistisch, so daß man mit einer weiteren Verschlech-
terung des Brotes rechnen müsse. Im weiteren Verlaufe der Aus-
sprache, in der der Regierung vorgeworfen wurde, sie habe leicht-
sinnig gehandelt, wurde darauf hingewiesen, daß im Regierungs-
bezirk Aachen schon im November 1919 die Brotversorgung man-
gelfühlig gewesen sei. Während in Dortmund die Brotration wö-
chentlich 3 1/2 Pfund betragen habe, seien im Münsterlande, Bader-
born und anderen Städten wöchentlich 5 Pfund ausgegeben, den
Selbstversorgern sogar 8 Pfund zugewilligt worden. Es wurde
eine Entschärfung angenommen, in der der Magistrat und die
Stadtverordneten ersucht werden, sich sofort mit der Reichsregie-
rung in Verbindung zu setzen, damit die schreienden Gegensätze in
der Brotversorgung beseitigt werden.

Seit einigen Tagen herrscht in Dortmund eine große Brotnot.
Viele Bäckerläden haben geschlossen, weil ihnen von der Stadt kein
Mehl zum Brotbacken überwiesen werden konnte. Es hat in dieser
Angelegenheit eine dringende Besprechung beim Regierungspräsi-
denten in Aachen stattgefunden. Im Anschluß daran reiste der
Reiter der Dortmunder Meliorationsstelle nach Berlin, um
dort die Not der Gemeinden und die Erbitterung der Bevollmächti-
gung über das gesundheitsgefährliche und wenige Brot zu schildern.

In der letzten unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr.
Kuhse stattgefundenen Sitzung des Lebensmittelausschusses Essen
erörterte Beigeordneter Kroschke die augenblickliche schlechte Beschaf-
fenheit des Brotes, die die Stadtverwaltung schon verschiedentlich
veranlaßt habe, sich zwecks Abhilfe an die zuständigen Reichsstellen
zu wenden. Leider hätten alle diese Versuche zu keinem Erfolg ge-
führt. Schon im Januar und Februar habe die Versorgung für
den Westen völlig versagt, und heute bestünde fast keine Möglichkeit
mehr, der Bevölkerung auch nur ein halbwegs genießbares Brot
zu verschaffen. Die Zwangswirtschaft habe nahezu auf allen Ge-
bieten versagt. Die Stadt Essen habe jetzt auch die letzte Reserve
an Brotgetreidemehl verausgabt und müsse sich nun vor die Ent-
scheidung stellen, entweder von nun an 2 Pfund Brot wöchentlich
zu erteilen, oder aber eine weitere Streckung durch Haferflocken
und Hafermehl aus den Beständen der Stadtverwaltung vorzuneh-
men. Da der Preis für das zur Streckung zu verwendende Hafer-
mehl aber höher sei als das bisher zum Backen verwendete Brot-
getreidemehl und die Bäckergehilfen außerdem mit neuen Lohn-
forderungen heranzukommen seien, müsse in beiden Fällen mit
einer Erhöhung der bislang geltenden Brotpreise gerechnet werden.
Der Gesamtpreis würde sich auf 4,55 M. stellen.

Düsseldorf, 17. Juni. Der Regierungspräsident hat an die
Oberbürgermeister und an die Landräte des Bezirks ein Telegramm
verichtet, in dem er mitteilt, daß die Meherversorgung trotz aller
Bemühungen nicht hat sichergestellt werden können. Er ersucht die
Gemeinden, falls keine Mehlreserven mehr vorhanden seien, vorläufig
zu Beginn nächster Woche nur 2 1/2 Pfund Brot auszugeben. Der
Regierungspräsident hat Beauftragte nach Berlin geschickt, die dort
erneut Vorstellungen erheben sollen, damit die Meherversorgung für
den hiesigen Bezirk sichergestellt werde.

Rippische Freistaaten.

Detmold, 17. Juni. Infolge Auflösung der Truppenteile in
der neutralen Zone wird das 3. Bataillon, Reichs-Jnf.-Regt. 14
(Freikorps Gable) mit der hier befindlichen Infanteriestation am
Freitag nach Düsseldorf abtransportiert. Die hier befindliche
Batterie v. Ludwiger verläßt Detmold gleichfalls am 18. d. M.
und kehrt durch Fuhmarsch zum Art.-Regt. 7 in Minden zurück.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

Geimlehrer aus Japan.

mtb. Hamburg, 17. Juni. Der japanische Kriegsgefangenen-
transportdampfer Capetown Maru trifft am 18. 6. in Brunsbüttel
ein. An Bord befinden sich 8 Offiziere, 874 Mann, 36 Zivilper-
sonen, 35 Frauen, 45 Kinder, ferner 176 Oesterreicher, 39 Ungarn,
30 Türken und ein Bulgare. Der japanische Kriegsgefangenen-
transportdampfer Hudson Maru kam am 12. 6. in Kobe an. Am
21. 6. tritt er die Weiterfahrt nach Madagaskar an.

Großer Juwelenraub in Wien.

tu. Berlin, 17. Juni. Dem früheren österreichisch-ungarischen
Botschafter in Madrid, Prinzen Karl Emil Fürstenberg, wurden
gestern, wie das Berl. Tagebl. aus Wien erfährt, in seinem Schloss
Juwelen im Werte von 6-8 Millionen Kronen gestohlen.

Eisenbahnunglück.

tu. Buda, 17. Juni. Der Personenzug der Niederlausitzer
Eisenbahn ist auf der Station Schlegelitz der Strecke Radebeul-Beeskow
entgleist. Der Führer des Zuges, Mühlberg, fand den Tod, meh-
rere Fahrgäste wurden schwer verletzt. Bisher ist die Strecke noch
nicht freigegeben.

Verurteilung von Kriegsverbrechern.

dd. Dessau, 16. Juni. Vor dem hiesigen Schwurgericht hatten
sich heute drei Angehörige des 1918 in Anhaltens einquartierten
Lichtmetalltrupps 134 des Garde-Reservekorps, die der Bestreben eines
französischen Estaminets in Roubaix 15 600 M. geraubt hatten,
zu verantworten. Durch den Rückzug und durch die Revolution
war ihre Aburteilung durch das Kriegsgericht bisher verhindert
worden. Das Schwurgericht erkannte gegen zwei der Kriegsver-
brecher — der dritte hatte sich ins Ausland geflüchtet — auf zwei
Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust.

Munitionsexplosion.

Nach einer Meldung des Berliner Lokalanzeigers aus Burg
wurden in den Munitionsvorratungswerkstätten in Burg bei Mag-
deburg durch eine Explosion zwei Arbeiter getötet und einer schwer
verletzt.

Der Bahnhof in Mährisch-Ostau niedergebrannt.

Im Bahnhof Mährisch-Ostau brach ein großer Brand aus,
der die Anlagen des Personen- und Güterbahnhofs in Asche legte.
Große Mengen von Gütern sind vernichtet. Man vermutet, daß
der Brand angelegt wurde, um bedeutende Verunreinigungen zu ver-
schleiern.

dd. Münster, 17. Juni. Große Wald- und Heidebrände wüten
in der „Hohen Mark“, im Wenn und bei Sennbeck. Mehrere 1000
Morgen Wald sind ausgebrannt. Auch ein Bauerngehöft ging in
Flammen auf.

Herford, 17. Juni. Ein teuflisches Bubenstück ist, wie erst
jetzt bekannt wird, Ende vorigen Monats von einem 14-15-jähri-
gen Burschen an dem sährigen Schulknaben Vörsberg verübt wor-
den. Der Täter warf dem Knaben einen Strich über, zertrü-
bte auf einen Bahndamm und band ihn an den Gleisen fest. Unmittel-
bar vor dem Heranbrausen eines Zuges konnte der in Todesangst
schwebende Knabe von zwei Männern befreit werden. Infolge
des ausgefallenen Schicksals leidet der Aermste unter schweren
Kraupfanfällen und Verwundungen.

mtb. Düsseldorf, 17. Juni. Die Stadtverwaltung veröffentlicht
eine Bekanntmachung, in der sie auf den Beschluß der Stadt-
verordnetenversammlung vom Dienstag hinweist, wonach alle städti-
schen Arbeiter, die widerrechtlich und ohne Kündigung die Arbeit
niederlegen und noch nicht wieder angefangen haben, mit sofor-
tiger Wirkung entlassen werden. Die wiederertrittenen Arbeiter
erhalten den Unterschied zwischen dem bisherigen und dem neuen
Lohn vom 1. 6. bis zum Tage des Eintritts in den Streik nach-
gezahlt.

Duisburg, 17. Juni. Ein Kassenbeamter der Firma Matthes
u. Weber Akt.-Ges. war dabei, einen Betrag von 47 000 M. in Rö-
hningsscheibeln von dem Verwaltungsgelände der Firma nach dem
Wert in der Kassenverstraße zu bringen. An der Verkaufstrasse
zwischen Reichstraße und Mohrenstraße wurde er von zwei Män-
nern, die man schon seit zwei Stunden dort hatte stehen sehen, ange-
halten und mit vorgehaltenem Revolver zur Abgabe des Geldes
gezwungen. Trotz seines Widerstandes wurde er mit seinem Ge-
leiter überwältigt und mit einem Schlag durch einen Schlagring
für kurze Zeit betäubt. Die beiden Männer stiegen sofort in ein
Auto, was ebenfalls sich schon seit ungefähr zwei Stunden dort auf-
hielt. Inhaftspunkte über die Täter fehlen noch.

Köln, 16. Juni. Im Stadtrat wurden die Gehälter der Be-
amten neu geregelt. Der Oberbürgermeister erhält insgesamt
90 000 M. nebst freier Wohnung, Licht und Brand, die Beigeord-
neten 30-40 000 M. und der erste Beigeordnete, der im Range
eines Bürgermeisters der reichsfürstlichen Städte steht, etwa 53 000 M.
Dementprechend stufen sich die Gehälter nach unten ab. Die unter-
sten ledigen Beamten erhalten 10 800-15 000 M.

Witten, 17. Juni. Das Westf. Volksblatt
schreibt: Den Rhein, eine Musterwahlkommune zu bilden, kann un-
streitig unsere Gemeinde für sich in Anspruch nehmen. Alle Wahl-
berechtigten in unserm Dorfe, 115 an der Zahl, schritten zur Wahl-
urne und wählten — Zentrum. Auch in der Nachbargemeinde
Papenhöfen gaben von 108 Wahlberechtigten 100 ihre Stimme ab
und gleichfalls nur dem Zentrum.

Lippstadt, 15. Juni. Ein überaus frecher Kirchendiebstahl ist
in der St. Josephskirche verübt worden. Die Diebe benutzten die
Mittagsstunden, in denen gewöhnlich kein Besucher in der Kirche
weilt, um die Altartafel von den drei Altären zu rauben. Ferner
sind aus einem Beichtstuhl die Vorhänge gestohlen worden.

Buer, 15. Juni. Folgende heitere Szene von der Reichstags-
wahl wird der Buerischen Zeitung mitgeteilt: Kommt da ein Kumpel
zu den an einem Wollstoff stehenden Zettelverteiler. Er wird
von allen Seiten derart bedrängt, daß er nicht ein noch aus weiß.
Schließlich sagt er ärgerlich: „Ach, was, was soll ich mit all die
Zettel! Gib mich mal da! Fraumenich her!“ Natürlich verstand
man ihn sofort und die eifrigste Zettelverteilung der R. A. D.
drückte dem Kumpel schnell einen Zettel „Mara Zettin“ in die Hand.

Leipzig, 15. Juni. Durch einen schweren Wasserbruch sind
vier Schächte und der Tagbau der Braunkohlegewerkschaft Con-
cordia bei Nachterstedt erloschen. Die Wassermassen haben die
Schächte zum Teil eingedrückt.

Gefälschte Ausfuhrscheine.

Eine mißglückte Millionenschiebung mit Holz.

Einer Millionenschiebung mit Holz ist das Landespolizeiamt
auf die Spur gekommen. Für 35 Millionen Mark Holz sollte auf
gefälschte Ausfuhrbewilligungen von Königsberg nach England ver-
schoben werden. Da es weder den Königsberger noch den englischen
Firmen gelang, die Bewilligung von der Reichsausschussstelle zu er-
halten, verlusten sie, das Geschäft „hinten herum“ zu machen. Sie
wandten sich durch Vermittlung eines Ingenieurs an die Nieder-
deutsche Handels A. G., Potsdamer Straße 133. Bei der Gesell-
schaft erschien ein Mann, der sich als Beamter des Reichswirtschafts-
ministeriums ausgab und drei Ausfuhrbewilligungen über je 11 1/3
Millionen Mark überreichte. Die Gesellschaft ließ, ohne die Scheine
nachzuprüfen, durch ihren Syndikus die Bewilligung mit einer
Altennummer versehen, die der angebliche Beamte als die recht-
mäßige Nummer seiner Behörde bezeichnete. Als die Scheine gegen
eine Provision von 450 000 M. den Holzhändlern ausgetauscht wer-
den sollten, erschienen Beamte des Landespolizeiamtes und nahmen
die beteiligten Personen fest. Ob und inwieweit sie mit den Fäl-

schungen selbst in Verbindung stehen, bedarf noch der Klärung.
Stark kompromittiert ist auch ein anderer Teilhaber der Gesell-
schaft, der Geheime Hofrat Hahn. Die Bewilligungen tragen die
gefälschte Unterschrift und den gefälschten Stempel des jetzigen
Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligungen, Geheimrat
Trendelenburg.

Andere Bewilligungen aus derselben Fälscherquelle mit dersel-
ben Unterschrift tauchten vor einigen Tagen in Elberfeld auf. Revi-
soren der Mineralöl-Versorgungs-Gesellschaft ermittelten, daß das
Städtische Kohlenamt in Elberfeld ein Tankschiff mit 500 Tonnen
Benzin im Werte von 12 1/2 Millionen Mark auf Grund einer ge-
fälschten Einfuhrbewilligung hereinbringen wollte. Bei dem hohen
Objekt und infolge der plumpen Fälschung erschienen den Vertretern
der Stadt, die mehr als 100 000 M. Provision gezahlt hatten, die
Sache verdächtig und nahmen das Landespolizeiamt beim preußi-
schen Staatskommissar für Volksernährung in Anspruch, das sofort
den Zusammenhang mit den anderen Fälschungen feststellte. Als
Täter scheint ein gewisser Hohmann in Betracht zu kommen. Die
Stadt Elberfeld dürfte einen Schaden von etwa 8 Mill. erleiden.

Ein dritter Fall: Die Außenhandels-Nebenstelle, Odenstraße
Nr. 10, ist durch ihren Angestellten Achenbach um mehrere Milli-
onen betrogen worden. Er verfälschte echte Urkunden dadurch, daß
er den Inhalt willkürlich auf nicht genehmigte Waren ausdehnte.
So hat er einer Darmstädter Firma, der die auf Grund der ge-
fälschten Bewilligungen eingeführten Waren beschlagnahmt wur-
den, einen großen Schaden zugefügt. Auch die Gefandtschaft eines
kleinen neuen Staates ist durch ihn geschädigt worden. Ob der
Mann wirklich Achenbach heißt, steht noch nicht fest. Er scheint
sich unter falschem Namen in die Außenhandels-Nebenstelle einge-
schlichen zu haben. Bei seinem Verschwinden hat er die Kasse
mitgenommen.

Wirtschaftsleben.

Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Auszahlungen:	17. Juni	16. Juni
	Geld	Preis
Amsterdam-Rotterdam	1396,60	1396,40
Brüssel-Antwerpen	317,15	317,15
Christiania	634,80	634,90
Kopenhagen	619,35	619,35
Stockholm	849,10	849,10
Stockholms	177,30	177,30
Italien	224,01	224,49
London	151,55	151,95
Rembort	39,07	39,17
Paris	301,70	305,30
Schwyz	709,30	711,75
Spanien	654,15	655,85
Wien (alt)	26,09 1/2	26,15 1/2
Wien (neue)	83,40	85,80
Bagdad	21,97	22,12

Zur Verkehrslage im Ruhrgebiet.

mtb. Essen, 17. Juni. Nachdem in den ersten Tagen des Juni
die Schwierigkeiten im Abtransport der Brennstoffe, die sich in der
zweiten Hälfte des Monats Mai herausgestellt hatten, behoben sind,
hat sich die Wagensituation sowie der Versand verhältnismäßig
glatt abgewickelt. In der vorigen Woche wurden wöchentlich rund
20 650 Wagen gestellt, ohne daß Fehlschiffen zu verzeichnen waren.
Infolgedessen konnten die Frachtforderungen abgefahren und auch
in den Restbeständen wieder einige Mengen zum Versand gebracht
werden. Die Lagerbestände beliefen sich am 12. 6. insgesamt auf
316 390 To. Auch der Verkehr zu dem Duisburg-Ruhrorter Hafen
und der Umschlag in den Rippern in Duisburg und Ruhrort hat
sich in der vergangenen Woche regelmäßig gestellt. Der Umschlag
in Steinförden und Rof in der genannten Hälfte betrug wochent-
lich fast 29 000 To., jedoch der noch günstige Wasserstand des Rheins
und der ausgezeichnete Lageraum ausgenutzt werden konnte. Der
Brennstoffumschlag in den Zechenhäfen der Kanäle betrug arbeits-
täglich 24 800 To. Kanalkraum steht zur Zeit genügend zur Ver-
fügung.

Krise in der Zigarrenindustrie.

tu. Karlsruhe, 17. Juni. Die badischen Zigarrenfabriken ver-
fügen zur Zeit über so große Mengen Rohabak, daß ihre Lager
überfüllt sind. Trotzdem stockt das Geschäft, weil die Verbraucher
wegen der hohen Verkaufspreise mit dem Kauf zurückhalten. Ver-
schiedene Zigarrenfabriken in Mannheim und der badischen Pfalz
beginnen damit, ihre Verkaufspreise erheblich, teilweise bis zur
Hälfte herabzusetzen.

Deutsche Warenkurse in England.

dd. Basel, 17. Juni. Die Nationalzeitung meldet aus London:
Die soeben veröffentlichten Handelsziffern für den Monat Mai zeig-
en, daß Deutschland in steigendem Maße als Käufer auf dem engli-
schen Markte auftritt. Es kauft insbesondere Wolle, Eisen
und Stahlerzeugnisse, Baumwolle, Leder und Papier in großen Mengen.

Warenmarkt.

Berliner Produktenbörse vom 17. Juni.

Amlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse: Hafer per
1000 kg auf Abladung 2330-2400 M. ab Station. Tendenz f. f.
Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 kg
ab Station:

	17. 6.	16. 6.		17. 6.	16. 6.
Bistortaerbsen	140-150	140-150	Stroh, gebreht	8-9 1/2	8-9 1/2
- gelb u. grün	100-125	100-125	- gebünd.	8-9	8-9
Bohnen, weiße	—	—	Runkelrüben	—	—
Beltschoten	85-95	85-95	Kohlrüben, gelbe	—	—
Adrböhen	85-95	85-95	- weiße	—	—
Widen	70-75	70-75	Trodenknügel	57-68	57-68
Dupinen, gelbe	45-65	45-65	- Bal. Stiefe	95-100	95-100
- blaue	—	—	Kollies, inländ.	—	—
Serrabella	45-50	45-50	Röhren, rote	—	—
Hru, lose	19-21	19-21	Buchweizen	—	—

Herzlichen Dienst für Notfälle.

haben Sonnabend nachmittag und Sonntag, den 20. Juni:
Bankratsrat Dr. Bubbe und Dr. Kimm.

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reis; für
den Inseratenteil verantwortlich: G. Bese, beide in Herford.

Sparo-Waschpulver! — Friedensqualität.

